



# NICARAGUA:

DIKTATUR, BETRUG  
UND UNGEWISSHEIT

Dr. Constantino Urcuyo Fournier  
CIAPA-UCR



# Nicaragua, Diktatur, Betrug und Ungewissheit<sup>i</sup>

---

Dr. Constantino Urcuyo Fournier  
CIAPA-UCR

**N**ach dem Ende der Wahlkampf-Farce in Nicaragua gilt es, sich mit den politischen Bedingungen auseinanderzusetzen, die diese Scheinwahl ermöglicht haben. Es stellt sich die Frage nach der unmittelbaren und mittelbaren Zukunft des Regimes der Familie Ortega Murillo, und zwar sowohl im Hinblick auf die Realitäten der nicaraguanischen Innenpolitik als auch auf den geopolitischen Kontext, den internationalen Druck, dem das Regime ausgesetzt ist, und die Folgen, die sich daraus für die Zukunft des Landes ergeben.

## Eine neue Diktatur ist im Werden.

Nach der Wahl von Violeta Barrios im Jahr 1990 nahm das politische System Nicaraguas erste demokratische Strukturen an. Der politische Pluralismus entstand mit den traditionellen Parteien (Conservador (Konservativ), Liberal Constitucionalista (Konstitutionalistisch-Liberal) und Liberal independiente (Unabhängig-Liberal), es folgte die Entstehung neuer Parteien, wie der Sandinistischen Erneuerungsbewegung (MRS).

Die totalitäre Zwischenherrschaft von 1979 bis 1990 wurde durch den Beginn des Endes des Kalten Krieges unterbrochen. Das Land schien sich jedoch zu einer unvollkommenen Wahldemokratie zu entwickeln, da die andauernde Kontrolle der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront (FSLN) über die Revolutionsarmee und bestimmte Enklaven der Zivilgesellschaft bereits eine neue Diktatur ankündigten.

Der demokratische Frühling war also nur von kurzer Dauer. Zum Ende der Regierung von Arnoldo Alemán und während der Präsidentschaft seines ehemaligen Vizepräsidenten Enrique Bolaños wurde Alemán der

Korruption für schuldig befunden. Um dem Gefängnis zu entgehen, nutzte er die Früchte eines Abkommens, das er während seiner Regierungszeit 1999 mit Ortega geschlossen hatte und das Reformen des Wahlsystems vorsah, die es der FSLN leichtmachten, ohne Mehrheit an die Macht zurückzukehren.

Damit begann ein Prozess der Kolonisierung aller staatlichen Gewalten durch den "Orteguismus"<sup>1</sup>, beginnend mit dem Wahlrecht, gefolgt von der Justiz und bis hin zum Rechnungshof.

Gleichzeitig übernahm die Regierungsfamilie die wichtigsten Medien, um auf diese Weise ihr autoritäres Narrativ aufzuerlegen.

Darüber hinaus entwickelte sich eine De-facto-Machtstruktur, die durch die großzügige venezolanische Hilfe von bis zu 500 Millionen Euro pro Jahr gefördert wurde<sup>2</sup> und die es der Familie Ortega-Murillo ermöglichte, mit privaten Unternehmen wirtschaftliche Aktivitäten umzusetzen, die den Reichtum der Regierenden und ihrer Vertrauten vermehrten, ohne dass es zur Kontrolle der ausländischen Hilfgelder durch den Staat gekommen wäre.

Daniel Ortega folgte dem Beispiel des ersten Diktators Somoza, der einmal gesagt hatte, um zu regieren, müsse man den Freunden Geld, den Gleichgültigen Prügel und den Feinden Blei geben. Der ersten Empfehlung folgend, ging er ein Bündnis mit den stärksten Geschäftsleuten des Landes ein und erlaubte ihnen, sich weiter zu bereichern, solange sie sich nicht politisch engagieren. Gleichzeitig schwächte er die demokratischen Parteien und verschaffte sich die Kontrolle über die nationale Polizei, die wieder zu einer Parteipolizei wurde.

Darüber hinaus baute sich die Ortega Familie ein Klientelnetzwerk auf, das ihnen eine treue Gefolgschaft verschaffte, wenngleich sie nicht auf die Unterstützung der Mehrheit zählen konnten.

<sup>1</sup> <https://elpais.com/autor/fabian-medina-sanchez/>

<sup>2</sup> [https://www.lemonde.fr/international/article/2021/11/05/comment-le-couple-ortega-a-fait-main-basse-sur-le-nicaragua\\_6101093\\_3210.html](https://www.lemonde.fr/international/article/2021/11/05/comment-le-couple-ortega-a-fait-main-basse-sur-le-nicaragua_6101093_3210.html)

## Vetternwirtschaft und Armut.

Ein weiteres Element zur Konsolidierung der Macht der neuen Diktatur war die Verteilung von Haustieren, Sozialwohnungen und Zinkblech, um die Unterstützung der ärmsten Bevölkerungsschichten zu gewinnen, die jedoch angesichts der Unfähigkeit der nicaraguanischen Wirtschaft, Arbeitsplätze zu schaffen, weiterhin nach Costa Rica und in die USA auswanderten. Bei Verdacht auf unzureichende Unterstützung des Regimes werden diese Sozialleistungen gestrichen. Die Verteilung dieser Begünstigungen wird streng überwacht. Es handelt sich nicht um Ansprüche, sondern um interessengetriebene Zugeständnisse des Regimes an seine Unterstützer.

Diese Kontrollfunktion, die sich auch auf die Absicherung der Diktatur auf lokaler Ebene ausdehnt, wird, in Anlehnung an die kubanischen Comités de Defensa de la Revolución (Ausschüsse zur Verteidigung der Revolution), von den Comités de Poder Ciudadano (Ausschüsse der Bürgermacht) ausgeübt.

Die nationale und lokale Machtdynamik findet nicht in einem luftleeren Raum statt, sondern in einem geopolitischen Kontext, der das innenpolitische Leben seit jeher bestimmt hat.

## Eine allgegenwärtige Geopolitik.

Seit der spanischen Kolonie haben die Schmalheit der zentralamerikanischen Landenge und die Wasserwege Nicaraguas den Appetit der Großmächte geweckt, das Land als Durchgangsrouten zwischen den beiden großen Ozeanen zu nutzen.

Die Expansion des amerikanischen Imperiums in der Karibik führte zur militärischen Besetzung Nicaraguas (1912-1933) und zum bewaffneten Kampf der Armee des Nordens gegen die Truppen des Nationalisten Augusto Cesar Sandino.

Roosevelts Politik der guten Nachbarschaft und Sandinos Widerstand führten 1934 zum Abzug der US-Marines und hinterließen die Familiendiktatur von Anastasio Somoza García (1934-1979).

Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und der von Kuba in den 1960er und 1970er Jahren geförderten Guerilla-Aktivitäten entstand in Nicaragua die Sandinistische Nationale Befreiungsfront (FSLN), der es gelang, den letzten der Somozas (The Last Marine) zu stürzen und am 19. Juli 1979 die Macht zu übernehmen.

Die Sandinisten, die eng mit Kuba und der Sowjetunion verbündet waren, errichteten in Nicaragua einen revolutionären Staat, mussten jedoch ein Jahrzehnt lang den Widerstand der von den USA unterstützten Konterrevolution ertragen.

Nach der Wahlniederlage von 1990 mussten sie die Macht abgeben, haben sie aber, wie bereits erwähnt, später wieder zurückgewonnen und zu Beginn des 21. Jahrhunderts ihre Beziehungen zu Kuba und Venezuela, aber auch zur Russischen Föderation verstärkt, die mittlerweile nicht mehr marxistisch-leninistisch ist, aber die globale Konfrontation mit den USA fortsetzt, Reibungen im Einflussbereich der USA provoziert (*spoiler*)<sup>3</sup> und eine Großmachtpolitik entwickelt.

Die Russen schüren in Nicaragua die Stimmung gegen den US-amerikanischen Imperialismus und nutzen die Gelegenheit, um im April 2017<sup>4</sup> ihre Antennen für die globale Positionsbestimmung (GLONASS) zu installieren. Dazu kamen bereits 2016 die Spende von 50 T72-Panzern<sup>5</sup>, wiederholte Besuche von Marineeinheiten und die Einrichtung eines militärischen Ausbildungszentrums unter dem Deckmantel der Bekämpfung des Drogenhandels.

Im Kontext der unipolaren Welt stellte Ortegas Nicaragua keine Gefahr für die nationale Sicherheit der USA dar, aber in einer zunehmend multipolaren Welt hat die russische Präsenz an den Ufern des Potomac, insbesondere im Pentagon, die Alarmglocken ausgelöst.

Trotz allem zeigte sich die sandinistische Armee kooperationsbereit mit dem US-Militär und bot ihre enthusiastische Mitarbeit im gescheiterten Krieg gegen die Drogen an. Dies verleitete den US-Militärattaché in Managua zu derart positiven Äußerungen, dass er schließlich abgesetzt wurde<sup>6</sup>.

3 <https://actualidad.rt.com/video/410295-daniel-ortega-gano-elecciones-presidenciales>

4 [https://elpais.com/internacional/2016/04/26/america/1461707134\\_941637.html](https://elpais.com/internacional/2016/04/26/america/1461707134_941637.html)

5 [https://elpais.com/internacional/2016/04/26/america/1461707134\\_941637.html](https://elpais.com/internacional/2016/04/26/america/1461707134_941637.html)

6 <https://www.infodefensa.com/texto-diario/mostrar/3217404/eeuu-destituye-agregado-militar-nicaragua>

Washington verabschiedete eine Reihe von Gesetzen, die Druck auf das Regime ausüben sollen. Zuletzt wurde nach dem Wahlbetrug das Renacer-Gesetz erlassen<sup>7</sup>, welches die Verpflichtung des US-Außenministeriums vorsieht, über folgende Punkte zu berichten:

- a) Die Zusammenarbeit zwischen russischen und nicaraguanischen Militärs, Nachrichtendiensten, Sicherheitskräften und privaten russischen Sicherheitsunternehmen;
- b) Die Zusammenarbeit in den Bereichen Telekommunikation und Satellitennavigation;
- c) Andere Formen der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit wie beispielsweise Desinformation, Bankgeschäfte, Einmischung in Wahlprozesse sowie alle Aktivitäten, die Risiken und Bedrohungen für die nationale Sicherheit und die Interessen der USA mit sich bringen.

Das Vorgehen Ortegas verwickelt Zentralamerika erneut in den Wettkampf der Großmächte und setzt die Bevölkerung den Unzulänglichkeiten einer geschwächten Wirtschaft aus, die ihren Zugang zu den Märkten verliert, wenn die USA ihre Beteiligung am Freihandelsabkommen mit Zentralamerika und den Zugang zu Krediten multilateraler Organisationen (IWF, IDB, Weltbank) als Sanktion für den bei den letzten Wahlen begangenen Wahlbetrug aussetzen.

Die jüngsten Sanktionen von Präsident Biden<sup>8</sup> gegen Personen und Beamte, die mit dem Ortega-Murillo-Regime in Verbindung stehen, isolieren das Land zusätzlich und verringern seinen diplomatischen Spielraum erheblich.

## **Die Farce vom 7. November.**

Ein wesentliches Element der Demokratie ist die ständige Unsicherheit hinsichtlich der Machtverhältnisse. Der Politikwissenschaftler Adam Przeworski hat sie als eine Form der institutionalisierten Unsicherheit definiert<sup>9</sup> als ein politisches System, in dem die Regierungsparteien Wahlen verlieren. Wenn

<sup>7</sup> <https://www.congress.gov/bill/117th-congress/senate-bill/1064/text>

<sup>8</sup> <https://www.reuters.com/world/us/biden-bans-nicaragua-officials-entering-united-states-2021-11-16/>

<sup>9</sup> Adam Przeworski, Democracy and the Market.(New York: Cambridge University Press,1991). Citado por: Jan-Werner Muller. Democracy Rules. (New York: Farrar, Straus and Giroux,2021) p71-72

die Wahlergebnisse bereits vor der Auszählung bekannt sind, kann von Demokratie keine Rede sein.

Abgesehen von Transparenz, objektiven Wählerverzeichnissen, Zugang zu Informationen, einer Vielzahl politischer Optionen und unabhängigen, neutralen Beobachtern muss der Ausgang der Wahlen unsicher sein, denn wenn die Gewinner vorab feststehen, schwindet jegliche Legitimität. Ohne politische Wahlmöglichkeiten wird zwar abgestimmt, aber nicht gewählt<sup>10</sup>.

Eine ehrliche und faire Durchführung von Wahlen ist ein wesentliches Element des demokratischen Prozesses, aber die Rechtsstaatlichkeit und die freie und umfassende Beteiligung sind entscheidende Faktoren für die Demokratie.

Falsche Demokraten manipulieren Wahlmechanismen, um das Ergebnis frühzeitig zu sichern. Ohne öffentliche Freiheiten ist die Stimmabgabe verfälscht. Ohne Meinungs- und Kommunikationsfreiheit ist die freie Willensbildung der Bürger nicht möglich, und der Diskurs der Machthaber vereinnahmt den öffentlichen Raum.

Mit der Abstimmung in Nicaragua wurde der von der Ortega-Murillo-Diktatur konzipierte Wahlbetrug ratifiziert. Die Wahlen waren weder frei und fair noch fanden sie unter Wettbewerbsbedingungen statt.

Mehr als 150 politische Gefangene, darunter sieben Präsidentschaftskandidaten, die Blockade der wichtigsten Presseorgane, die Verfolgung von führenden Vertretern und Organisationen der Zivilgesellschaft sowie das Fehlen unabhängiger internationaler Beobachter haben zu einem Wahlprozess geführt, der weder glaubwürdig, fair noch unabhängig war.

Obwohl das Regime behauptet, die Wahlbeteiligung sei hoch und die Abstimmungsergebnisse zu seinen Gunsten ausgefallen, hat die Organisation *Urnas Abiertas*, die die Wahlbeteiligung auf der Grundlage von Bürgerberichten und der Überprüfung von Informationen analysiert, in Wirklichkeit einen hohen Prozentsatz an Wahlenthaltung festgestellt.

Autokraten können ihre Macht nicht aufs Spiel setzen und unterbinden daher die Gewaltenteilung und die Unabhängigkeit der Gewalten. Die Gerich-

---

<sup>10</sup> Siehe: Guy Hermet, Richard Rose, Alain Rouquié. *Elections Without Choice*. Palgrave Macmillan London, 1978



te und Wahlinstanzen unter diktatorischer Kontrolle dienen der Auslegung autoritärer Gesetze zum Nutzen der Gewaltherrscher.

Die Verletzer der Freiheit sichern ihre Macht, indem sie den Wettbewerb abschaffen. Sie ermorden ihre politischen Rivalen, sperren sie ein oder verbannen sie. Ohne starke Konkurrenten erfinden sie Papiergegner, um auf diese Weise Stimmen zu sammeln und ihren Machtwillen zu durchzusetzen.

Die Wahlen am Sonntag, dem 7. November 2021, in Nicaragua sind ein gutes Beispiel dafür. Massentötungen im Jahr 2018, Verfolgung und Inhaftierung von Regierungsgegnern und Spitzenkandidaten, Kontrolle und Bedrohung von Richtern, Polizei, Armee, Abgeordneten und Staatsbediensteten.

Eine Minderheit der Nicaraguaner ist zwar zur Stimmabgabe gegangen, aber sie hatten keine Wahl. Es fehlten ihnen die politischen Optionen, da die sieben Präsidentschaftskandidaten der echten Opposition im Gefängnis sitzen. Stattdessen befürwortete das Regime die Teilnahme von fünf Kandidaten aus den sogenannten mit dem Regime „kollaborierenden Parteien“ nämlich: Partido Liberal Constitucionalista (Konstitutionalistische Liberale Partei), Partido Liberal Independiente (Unabhängige Liberale Partei), Camino Cristiano Nicaragüense (Christlicher Weg Nicaraguas), Alianza Liberal Nicaragüense (Nicaraguanische Liberale Allianz), Alianza por la República (Allianz für die Republik) und Yatama.

Die Zivilgesellschaft ihrerseits konnte sich nicht äußern, weil Geschäftsleute, Studenten, Intellektuelle und Journalisten, die dies wagten, inhaftiert wurden. Die jungen Nicaraguaner haben Recht, wenn sie sagen, dass es nichts gab, was man wählen konnte, und niemanden, den man wählen konnte.

In Ermangelung von Glaubwürdigkeit griff der Diktator zur Repression. Wie eine CID-Gallup-Umfrage vom September 2021 ergab, waren 58 Prozent der nicaraguanischen Bevölkerung der Meinung, dass er seine Arbeit schlecht oder sehr schlecht machte, und 69 Prozent missbilligten seine Amtsführung als Präsident. Nur 8 Prozent der Befragten unterstützten die FSLN.<sup>11</sup>

Auf die Frage nach ihren Wahlabsichten gaben 65 Prozent an, dass sie für einen Oppositionskandidaten stimmen würden und nur 19 Prozent für den sandinistischen Kandidaten.

<sup>11</sup> Recuperado en: [https://www.confidencial.com.ni/politica/cid-gallup-78-considera-ilegitima-la-reeleccion-de-ortega-sin-oposicion/?utm\\_source=Whatsapp&utm\\_medium=Social](https://www.confidencial.com.ni/politica/cid-gallup-78-considera-ilegitima-la-reeleccion-de-ortega-sin-oposicion/?utm_source=Whatsapp&utm_medium=Social)

Ortega bezeichnete katholische Priester als Satanisten und Terroristen, und Bischof Baéz musste das Land verlassen, weil er aufgrund seiner Anprangerung der Unterdrückung durch das Regime Todesdrohungen erhielt.

Die Reaktion Washingtons auf die Abstimmungen vom 7. November ließ nicht lange auf sich warten, und wie bereits erwähnt, verabschiedete der US-Kongress das Renacer-Gesetz, das erhebliche Beschränkungen für Kredite multilateraler Organisationen an Nicaragua vorsieht und eine Überprüfung der Mitgliedschaft Managuas im Freihandelsabkommen mit den USA fordert.

Der kolumbianische Präsident Iván Duque bezeichnete die Wahlen als Chronik eines angekündigten Betrugs<sup>12</sup> und gab gemeinsam mit den Regierungen der USA, Costa Ricas, Spaniens und Chiles die Nichtanerkennung der vom Pseudo-Obersten Wahlrats der diktatorischen Familie veröffentlichten Ergebnisse bekannt.

Die Europäische Union stellt die Teilnahme Managuas am Assoziierungsabkommen mit Zentralamerika auf den Prüfstand. Josep Borrell, Chef der EU-Diplomatie, bezeichnete Nicaragua als eine der schlimmsten Diktaturen der Welt und fügte hinzu: Die Wahlen „vervollständigen die Umwandlung Nicaraguas in ein autokratisches Regime“, so der hohe Vertreter der EU für Außenpolitik, der eine Erklärung im Namen der 27 verlas. In der Erklärung wird Ortega aufgefordert, die Souveränität Nicaraguas an das nicaraguanische Volk zurückzugeben“.<sup>13</sup>

Andere europäische Regierungen, wie die deutsche und die spanische, gaben ebenfalls vergleichbare Erklärungen zu den Wahlen ab.

Die russische Regierung ihrerseits unterstützte das Wahlergebnis.<sup>14</sup>

Der internationale Druck ist weiterhin groß, denn die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) hatte die unrechtmäßigen Wahlen vom 7. November scharf zurückgewiesen<sup>15</sup> und forderte eine Bewertung der Ereignisse bis zum 30. November<sup>16</sup>.

12 <https://www.laprensa.com.ni/2021/11/08/politica/2907319-ivan-duque-sobre-elecciones-en-nicaragua-esto-era-cronica-de-un-fraude-anunciado>

13 <https://www.dw.com/es/ue-resultado-de-elecciones-en-nicaragua-carece-de-legitimidad/a-59754417>

14 <https://www.aa.com.tr/es/mundo/rusia-respalda-los-resultados-de-las-elecciones-en-nicaragua-que-le-dieron-la-victoria-a-daniel-ortega-/2415321>

15 25 votos a favor del rechazo, 7 abstenciones y un voto en contra (Nicaragua)

16 <https://www.elespectador.com/mundo/america/la-oea-contempla-sanciones-a-nicaragua-luego-de-las-elecciones-que-puede-hacer/>

## Die OAS, Nicaragua und die Zukunft der Sanktionen gegen die Diktatur in Managua<sup>17</sup>.

Die Erklärung der Versammlung der Außenminister der OAS wird keine unmittelbaren Folgen<sup>18</sup>, haben, aber in den Worten von Michael Shyfter<sup>19</sup>:

***“...es ist ein ermutigender (...) und energischer Schritt, der meiner Meinung nach einen bedeutenden Meinungsumschwung in Lateinamerika in Bezug auf die Diktatur in Nicaragua widerspiegelt und den Grundstein für künftige Maßnahmen legt (...) Ich stelle mir vor, dass sie eine Mission des Ständigen Rates entsenden werden, um die Lage in Nicaragua zu beurteilen und (...) zu entscheiden, ob sie die Demokratische Charta aktivieren werden”***

Nicaragua hätte aufgrund dieser Einschätzung von der OAS ausgeschlossen werden können, und wenn man noch die US-Sanktionen im Zusammenhang mit multilateralen Krediten und Handel hinzunimmt, könnte das Land in eine schwere Wirtschaftskrise gefolgt von einer humanitären Krise geraten.

Das Regime kam jedoch jeglichen Sanktionen der OAS zuvor, indem es am 19. November über den Außenminister des Regimes den Beginn seines Austritts aus der Organisation ankündigte.

In diesem Zusammenhang sollten die Länder über die Selektivität von Sanktionen nachdenken<sup>20</sup> um nicht die Bevölkerung, sondern nur die diktatorische politische Klasse zu treffen. Undifferenzierte Sanktionen könnten das Regime weiter radikalieren und zusätzliche Probleme für die Bürger schaffen.

Die Wirksamkeit der Intervention der internationalen Gemeinschaft ist nicht vielversprechend, da sich der Diktator in seinem Bunker verschanzt und entschlossen ist, jedem internen und externen Druck zu widerstehen. Eine kurzfristige Verhärtung der Diktatur ist das plausibelste Szenario.<sup>21</sup>

17 <https://www.elespectador.com/mundo/america/la-oea-debate-el-caso-de-nicaragua-que-han-dicho-los-paises-miembros/>

18 <https://www.dw.com/es/situaci%C3%B3n-de-nicaragua-acapara-debate-en-la-oea/a-59799320>

19 <https://www.confidencial.com.ni/politica/michael-shifter-hay-un-debate-en-gobierno-ee-uu-sobre-como-presionar-a-ortega/>

20 Das von Präsident Biden verhängte Einreiseverbot für nicaraguanische Beamte in die USA scheint in diese Richtung zu gehen, <https://cnnespanol.cnn.com/2021/11/16/ee-uu-nicaragua-suspende-ingreso-trax/>

21 <https://www.confidencial.com.ni/politica/jose-miguel-vivanco-las-opciones-de-la-oea-en-una-negociacion-internacional/>

## Schlussfolgerungen und Empfehlungen.

In Nicaragua wurde mit Unterstützung Russlands, Kubas und Venezuelas eine Familiendiktatur errichtet, die durch die Anhäufung aller staatlichen Befugnisse in den Händen des Ortega-Murillo-Duos und durch die Fälschung mehrerer Wahlen zustande kam.

Bei den letzten Wahlen ging die Unverfrorenheit des Regimes so weit, dass es seine Gegner aus dem Wahlkampf ausschloss und Phantomparteien gründete, um den Wahlen eine falsche Legitimität zu verleihen. Da die Opposition im Gefängnis saß, gab es zwar eine Abstimmung, aber keine Wahlen.

Die hohe Wahlenthaltung und die ungültigen Stimmen entsprechen nahezu der Anzahl an Stimmen, die die von der Diktatur fabrizierten Parteien erhielten. Für Angestellte des öffentlichen Dienstes war dies die einzige Möglichkeit des Protests, da sie, wenn sie nicht zur Wahl gegangen wären, ihren Arbeitsplatz verloren hätten.

Die USA und die Europäische Union haben harte Maßnahmen gegen das diktatorische Regime ergriffen, die zu einer schweren Wirtschaftskrise im Land und zu einer verstärkten Migration nach Costa Rica und in die USA führen könnten.

Ein Regime, das von außen in die Enge getrieben wird und dem es innen an Legitimität fehlt, könnte auf der Suche nach einer fiktiven nationalen Einheit auf die Provokation seiner Nachbarn zurückgreifen.

Kanada, Spanien und das Vereinigte Königreich haben sich ebenfalls den Sanktionen gegen hochrangige Beamte des tyrannischen Regimes<sup>22</sup> angeschlossen.

In den Vereinigten Staaten gibt es in der Regierung eine Debatte über die Auswirkungen der Sanktionen auf das Ortega-Regime: Werden sie sich auf die Stabilität des Regimes auswirken oder werden sie nur den Bürgern schaden? Diese Diskussion muss aufmerksam verfolgt werden.

<sup>22</sup> <https://www.confidencial.com.ni/politica/canada-sanciona-a-once-altos-cargos-del-regimen-orteguista/>. <https://www.confidencial.com.ni/politica/espana-solicita-a-la-ue-sancionar-a-mas-orteguistas-por-farsa-electoral/>. <https://www.confidencial.com.ni/politica/reino-unido-sanciona-a-rosario-murillo-y-otros-siete-funcionarios/>

Wird die Diktatur andererseits ihre Repression lockern, indem sie einige Gefangene freilässt, oder wird sie ihre Positionen verhärten? Dies wird in den kommenden Wochen im Fokus der Aufmerksamkeit stehen.

Die zweite Option scheint derzeit die wahrscheinlichere zu sein, nachdem Ortega seine Gegner als Hurensöhne und Staatenlose<sup>23</sup> bezeichnet hat, was diese entmenschlicht und jegliche Übergriffe auf ihre Person legitimiert. Es ist unwahrscheinlich, dass die Diktatur in nächster Zeit gelockert und der Polizeistaat verändert wird.

Was die Armee betrifft, so gibt es keine Anzeichen dafür, dass eine Organisation, die in ihren Beförderungsmechanismen streng kontrolliert wird und sich der Ausnutzung der Diktatur verschrieben hat, der Herrscherfamilie kurzfristig ihre Unterstützung entziehen wird.

Auch das Verhalten der mexikanischen Regierung ist eine Analyse wert. Bislang war das Land nicht bereit, die Diktatur eindeutig zu verurteilen. Stattdessen berief man sich auf alte Argumente der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Nicaraguas und ließ damit die Normen der Interamerikanischen Demokratischen Charta außer Acht, wodurch die demokratische Solidarität gegen die Tyrannei gebrochen wurde.

Die internationale Gemeinschaft muss sich ferner angesichts der neuen Migrationsströme, die durch die sich verschlechternde Wirtschaftslage und die Verschärfung der Repression verursacht werden, auf die Bereitstellung humanitärer Hilfe vorbereiten.

Es bedarf nun einer Anstrengung der demokratischen Länder, um die Reise einer hochrangigen Mission von Vertretern der Vereinten Nationen, der lateinamerikanischen und europäischen Länder nach Nicaragua zu ermöglichen, die einen Dialog einleitet, der den Beginn eines demokratischen Übergangs markiert.

Die Freilassung der politischen Gefangenen, die Wiederherstellung der Meinungs- und Protestfreiheit wären erste Schritte in eine neue Richtung. Die Demokraten der Welt dürfen ihren Druck auf das tyrannische Regime nicht abschwächen.

---

23 <https://www.dw.com/es/ortega-llama-hijos-de-perra-de-los-imperialistas-yanquis-a-opositores-presos/a-59761554>

Die Krise dürfte nicht in absehbarer Zeit enden. Die Zersplitterung der internen Opposition, der von einem zügellosen Polizeistaat erzeugte Terror und die Präsenz von Regimen, die mit der Diktatur in Managua sympathisieren oder ihr gleichgültig gegenüberstehen, lassen mittelfristig keinen Ausweg vermuten und machen einen demokratischen Übergang in unmittelbarer Zukunft unwahrscheinlich. Im Moment ist die politische Landschaft von Unsicherheit geprägt.<sup>ii</sup>

---

i Der Artikel wurde am 30. November 2021 fertiggestellt

ii Übersetzung vom Spanischen ins Deutsche durch Marion Dieke Claussen





KONRAD  
ADENAUER  
STIFTUNG